

A n t r a g

der Fraktion DIE LINKE

Keine Sonderkürzung für Solarstromförderung

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. sich im Bundesrat gegen zusätzliche Kürzungen der Solarstromförderung auszusprechen und entsprechende gesetzliche Novellierungen abzulehnen;
2. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass weitere Kürzungen frühestens ab 1. Juli 2012 wirksam werden, damit die nachweisbar begonnenen Investitionen zu Ende geführt werden können und die Solarindustrie sich auf die neu auszuhandelnden Bedingungen bzw. Kürzungen einstellen kann.

Begründung:

Die oben genannte außerplanmäßige Kürzung ist ein Vertrauensbruch gegenüber den Investoren von Photovoltaikanlagen und gegenüber der gesamten Solarindustrie und das in einer Zeit, in der der Ausbau erneuerbarer Energien dringend erforderlich ist.

Investoren kommen zwangsläufig in finanzielle Nöte, da das Finanzierungskonzept nicht mehr stimmt. Die Solarindustrie und die Servicebetriebe brauchen Zeit zur Anpassung. Mit den beabsichtigten Vergütungskürzungen sind tausende Arbeitsplätze in Thüringen und Deutschland aufs Höchste gefährdet. Die Regierung lässt jede Verlässlichkeit vermissen. Die jahrelangen Versäumnisse und Fehlentwicklungen in punkto Netzausbau und Aufbau von Speicherkapazitäten sind schnellstens umzukehren und zu korrigieren.

Für die Fraktion:

Ramelow